

Sachsens Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,

Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Preis: 10 Pfennig. Bei Abnahme im Voraus und Kassezahlung 2. - Mark im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2.20 Mark, bei Vorbestellung gegen Nachnahme 12 Pfennig. Einzelnummern 10 Pfennig. Boten sowie andere Anzeigen werden nach Möglichkeit gegen Bezahlung ausgetragen. Anzeigen werden nur durch die Redaktion der Zeitung über die Zustellung. - Abkündigung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Vorbestellung vorliegt.



Abdruckrechte: die 8 spaltenige Hauptzeile 30 Pfennig, die 2 spaltenige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pfennig, die 1 spaltenige Bekanntmachung im rechten Teile der Zeitung 100 Pfennig. Nachweisungsgebühr 20 Pfennig. Druckkosten und Postgebühren durch die Redaktion zu bestim�en. Anzeigen werden nach Möglichkeit gegen Bezahlung ausgetragen. Anzeigen werden nur durch die Redaktion der Zeitung über die Zustellung. - Abkündigung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Vorbestellung vorliegt.

Nr. 110 - 83. Jahrgang.

Telex-Nr.: "Sachsenzeitung"

Wilsdruff-Dresden.

Verleger: Dresden 2610

Sonntag 11. Mai 1924

Keht Bülow zurück?

Die in den letzten Tagen aufgetauchte Meldung von der Möglichkeit einer Rückkehr des Fürsten Bülow nach Bildung der neuen Regierung wird aus unrichtigen Berliner Kreisen durchaus nicht als tragwichtige Kombination bezeichnet, sondern soll ernsthaft erwoogen werden.

Durch die Blätter geht die Nachricht, daß Fürst Bülow wieder den Sitz einnehmen soll, den er 1909 verließ; daß er Nachfolger von Dr. Marx auf dem Reichskanzlerposten werden soll. In Rom, wo er augenblicklich lebt, dort, in der Villa Malta, inmitten des schönsten Gartens, den die Hauptstadt Italiens aufzuweisen hat, haben ihn die Journalisten umstürmt, haben ihm tausend Fragen vorgelegt, die er alle liebenswürdig beantwortet hat. Aber so, daß er in Wirklichkeit - gar nichts gesagt hat.

Er kann so unendlich liebenswürdig lächeln, so blendend plaudern, daß jeder Zuhörer entzückt ist, und doch nichts sagen, wenn er nichts sagen will. Das ist so ganz undeutsch; denn die Staatsmänner des heutigen Deutschlands tragen ihr Herz auf der Zunge. Er nicht. Er weiß, daß Worte dazu da sind, die Gedanken zu verbergen. Mit einem großen „Geständnis“ - des „Unrechts“ an Belgien - begann der Krieg, der dadurch schon halb verloren war. Und mit dem „Geständnis“ von Deutschland's „Schuld am Kriege“ schloß er, und ging damit ganz verloren.

Das hätte Bülow nie getan. Weil er weiß, daß Worte - Taten, mehr wie Taten sein können. Das hat er gelernt und gespürt, als er neun Jahre hindurch Reichskanzler war. Er ist nicht ein, vielleicht der letzte, Schüler Bismarck's, in dessen Dienst der Vater als Staatssekretär des Äußeren zusammenbrach. Auch er war Staatssekretär des Äußeren, ehe er den Sessel des Reichskanzlers einnahm. Und wenn er ihn jetzt wieder bestiegen sollte, so würde damit betont werden, daß das Schwerkriegswort unserer Politik die Behandlung der auswärtigen Fragen ist und für diesen Zweck der Fonds Bismarck'scher Traditionen, Bülow'scher Beziehungen im Auslande in den Dienst unseres Volkes gestellt werden soll.

Hoffentlich ergeht man sich nun nicht, wenn Bülow wirklich Reichskanzler werden sollte, wieder, wie das deutsche Volk ist, in „Erinnerungen“, wozu alte Akten und Reden, zieht hervor, was er vor 20 Jahren gesprochen und getan hat. Was ob nicht die Dinge und die Menschen sich ändern. Ihm gelang es, Italiens Kriegsverkürzung zu verzögern, bis wir uns den Russen gegenüber Luft geschaffen hatten. Und es ist gar nicht abzugehen, nur mit Schmerzen zu ertragen, was alles geschehen, wie alles anders werden können, wenn ein Mann von dem diplomatischen Geschick eines Bülow 1917 die Dinge hätte leiten können; dann wären zweifellos die großen diplomatischen Fehler nicht vorgekommen, die sich an die päpstliche Friedensaktion knüpfen.

Bülow hat in seiner „deutschen Politik“ nachzuweisen versucht, daß es ihm gelungen sei, die Entente auf Jahre hinaus lahmzulegen, den Krieg zu verhindern. Er hat einen, freilich ausichtslosen, Kampf gegen Gewalten geführt, gegen jenen Koalitionsdruck, vor dessen Verannahmen schon ein Bismarck Scheitern bekam. Und der mit historischer Urigewalt immer näher und näher rückte. Er war Realpolitiker; es ist ganz falsch, ihn als Optimisten zu bezeichnen wegen seines Werkes von der Ertrator von Italiens auf jener Konferenz von Algeiras. Er hat seit 1909 geschwiegen. Wir haben aber nicht soviel Überflus an Männern, die mit dem Auslande zu verhandeln wissen, daß wir nur einen einzigen schweigend in der Ecke stehen lassen dürfen.

Innerpolitisch war er nie engstirnig, dieser Weltmann aus brandenburgischem Junkerengeschlecht, ein Hauch von Liberalismus umwehte ihn immer. Das weiß man auch im Auslande. Und er hat das innenpolitische „große Wunder“ zustande gebracht, konservativ mit Liberalen zu paaren. Jetzt ist's noch leichter wie damals, wo wir uns im Innern jedes parteipolitische Anstößens erlauben konnten. Jetzt hämmert uns die äußere Rot zusammen.

Man sagt: aber er ist schon 75 Jahre alt! Man kann antworten: wir haben 45jährige „Staatsmänner“ gehabt, mit denen wirklich kein „Staat“ zu machen war. Disraeli, der große Engländer, war nicht jünger.

Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiss-Rot?

Von Referendar Heger, Wilsdruff.

Schwarz-Rot-Gold waren in den 1848er Sturmjahren die Farben aller derer, die Deutschland - nicht im heutigen Sinne - dachten und die nationale Einigung aller Deutschen durchsetzen wollten. Doch die hochfliegenden Pläne der 48er jerschellen an den harten, realpolitischen Schwierigkeiten; unter Aufrechterhaltung der nächstliegenden Aufgaben wollte man mit einem Satz die oberste Stufe einer Entwicklungsreihe erklimmen, ohne sich dabei bewußt zu sein, daß dieser Erfolg erst die Krönung einer Schritt für Schritt vorgehenden, parti-

Vorläufiges amtliches Ergebnis der Reichstagswahlen

Große Anzahl ungültiger Stimmen.

Berlin, 10. Mai. Nach den neuesten amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses, die zum Teil bereits auf den von den Kreiswahlschüssen anerkannten Berechnungen beruhen, sind abgegeben worden insgesamt 2 931 142 gültige Stimmen. Davon entfallen auf:

Vereinigte Sozialdemokratische Partei	5 991 547
Deutschnationale	5 764 628
Zentrum	3 901 087
Deutsche Volkspartei	2 646 747
Demokraten	1 661 425
Kommunisten	3 728 089
Bayrische Volkspartei	941 982
Bayrischer Bauernbund	685 273
Hannoveraner	318 505
Deutschnationale Freiheitspartei	922 626
Landliste	568 780
Deutschnationale	338 348
U. S. P. D.	234 708
Bund der Frauen	58 890
Christlichsozialer Volksgemeinschaft	124 626
Arbeitnehmer	36 199
Freier Wirtschaftsband	36 024
Sozialer-Bund	23 862
Nationale Freiheitspartei	59 114
Nationale Kinderpartei	133 540
Partei der Arbeiter	46 991
Republikanische Partei	45 867
Sozialistischer Bund	25 617
Nicht an Reichslisten angeschlossene Gruppen	16 967

Die Verteilung der Mandate ist folgende: U. S. P. D. 100, Deutschnationale 96, Zentrum 65, Deutsche Volkspartei 44, Demokraten 28, Kommunisten 62, Bayrische Volkspartei 16, Bayrischer Bauernbund 10, Hannoveraner 5, Deutschnationale Freiheitspartei 32, Landliste 9, Deutschnationale 4; Gesamtzahl der Mandate 471.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der Sitze noch eine geringe Erhöhung erfährt, und zwar nicht bei der Feststellung des amtlichen Ergebnisses, sondern bei der späteren Durchprüfung der Abstimmungsunterlagen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der ungültigen Stimmen gegenüber früheren Wahlen stark gestiegen ist. Während 1920 die Höchstzahl der ungültigen Stimmen in einem Wahlfreis 12 000 betrug, meldet diesmal Meuselburg 14 361, Düsseldorf Ost 24 904, Westfalen-Süd 34 484 ungültige Stimmen. Es ist möglich, daß ein Teil dieser Stimmen nachträglich für gültig erklärt werden wird, so daß der einen oder anderen Partei noch ein Mandat zufallen könnte.

nächtig ihr Ziel verfolgenden und realpolitisch geleiteten Bewegung sein konnte.

Erst Bismarck gelang es, den erfolgbeingenden Weg zur deutschen Einheit zu durchmassen, und willig erkannte die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes dieses Verdienst an. Schwarz-Rot-Weiß-Rot, die Farben des norddeutschen Bundes, wurden mit der Annahme des Reichsvereins durch den Reichstag und die einzelstaatlichen Landtage die Farben des Deutschen Reiches. Die Demokraten, die Verkländer der in einer Mehrheitsabstimmung liegenden „Vernunft“, die vornehmlich in Süddeutschland gegen den norddeutschen Bund als den Schrittmacher des preussischen „Hunlerherrschers“ agitierten hatten und von vagen Projekten träumten, während die Bewirklichung deutschen Einheitsstrebens vor der Türe stand, mußten der Volkswilligung weichen, und so begann unter den Farben Schwarz-Rot-Weiß-Rot der Aufstieg des nunmehr einigen Deutschlands. Auch die Kreise, die vor 1870 die erbitterten Gegner der Bismarck'schen Politik gewesen waren, fanden sich mit der Entwicklung der Dinge ab, und im Jahre 1914 dachte niemand an die Farben von 1848 anders als an eine historische Reminiscenz.

Es ist also eine innere Unwahrheit, wenn die führenden Kreise der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums im Jahre 1918/19 die Farben Schwarz-Rot-Gold unter Berufung auf die 48er Jahre, als die alten, ruhmreichen Farben deutscher Einheit an Stelle des durch die „reaktionäre“ Bismarckspolitik „aufgezwungenen“ Schwarz-Weiß-Rot einführen. Im November 1918 ließ die eine Hälfte des deutschen Volkes, verführt von verantwortungslosen Hebern blind der roten, vaterlandslosen Fahne nach, in verblendeter Hoffnung auf Freiheit, Frieden und Brot und fiel der anderen, auch der Gesinnung nach deutschen Volkshälfte in den Rücken, so daß sie zermüht von vierjährigen Entbehrungen im Erschöpfungszustand zusammenbrach. Die Demokraten und die demokratisch gerichtete Hälfte des Zentrums, denen im Grunde selbst vor der sozialistische gefärbten, radikalen Demokratie graute, verflüchteten mit allen Mitteln, die Massen bei sich zu halten. Ein Mittel war auch die Proklamierung der Schwarz-Rot-Goldenen „republikanischen“ Farben und die Erklärung, nur die Anhänger der Schwarz-Rot-Goldenen Ueberlieferung seien die wahren Patrioten gegenüber den Schwarz-Weiß-Roten Reaktionsären. Sie übersahen jedoch,

Keine Besprechungen zwischen den Reichspräsidenten und Hert.

Berlin, 9. Mai. Die „Germania“ bringt in ihrer heutigen Abendausgabe folgende Notiz: Ein Berliner Mittagsblatt schreibt, daß Reichspräsident Ebert unverbindliche Versprechungen mit dem Führer der Deutschnationalen gehabt habe und es sei möglich, daß er diesen mit der Regierungsbildung beauftrage. Demgegenüber ist zu sagen, daß der Reichspräsident schwerlich Besprechungen über die Neubildung der Regierung führen wird, solange die bisherige Regierung nicht zurückgetreten ist. Von zuständiger Seite wird festgestellt, daß der Reichspräsident überhaupt nicht mit Herrn Hert in Verbindung getreten ist.

Günstige Anleiheausichten in Amerika.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 10. Mai. Nach dem „Newport Herald“ dürfte die von den Sachverständigen vorgeschlagene Anleihe für Deutschland von 800 Millionen Mark nach dem 15. Juni in Amerika aufgebracht sein.

Eine Konferenz amerikanischer Bankiers.

Newport, 10. Mai. Die Rückreise Morgans aus Europa hat in diesem Finanzkreise eine Diskussion über die Wirkung der Streiks im Ruhrgebiet und in Sachsen auf die Anleiheausichten ausgelöst. Es ist wahrscheinlich, daß in der nächsten Woche eine Konferenz der führenden amerikanischen Bankiers stattfindet.

Der deutsch-russische Zwischenfall. - Außergewöhnliche Aeußerungen britischer Politiker.

Moskau, 10. Mai. Die russische Telegraphenagentur Noffa verbreitet eine aus London stammende Meldung, nach welcher angeblich einige Mitglieder der konservativen und liberalen Partei Klawovski ihre Empörung über die von der deutschen Regierung unternommenen Schritte ausgesprochen haben sollen. Eine dem früheren Kabinet Lloyd Georges angehörende Persönlichkeit soll erklärt haben, daß der Schritt der deutschen Regierung einer der unsinnigsten sei, der deutscherseits jemals begangen worden wäre. Die „Dswetija“ bringen einen in scharfer Tone gehaltenen Leitartikel Strelows, in dem es zum Schluß heißt: Die Sowjetmacht werde in dieser Frage auf kein Kompromiß eingehen und werde nicht erlauben, daß ihre nationale Lage ein Spielzeug des inneren Kampfes deutscher Parteien werde. Wir fordern eine volle Genugtuung, die ebenso öffentlich sein muß wie die zugesagte Beileidigung. Sonst werden wir Maßnahmen ergreifen, die der deutschen Politik und ihren Schülern zeigen werden, daß mit der U. S. S. R. nicht gespielt werden kann.

daß Schwarz-Rot-Gold die Farben des 48er Kaiserreiches, des Allddeutschlands waren, in dem auch Deutschland aufgehen und das mächtig in der Welt dastehen sollte; auch die Frage, welche Stellung die deutsche Republik von 1918/19 in der Welt hatte, vergaß man zu beantworten, und darüber, daß ja die 48er Tradition durch die vierzigjährige Entwicklung des Deutschen Reiches unterbrochen worden war und vor der Volksbewegung von 1870 und vom August 1914 völlig in den Hintergrund trat, ging man ohne weiteres hinweg.

Die Anknüpfung an die 48er Bewegung war nicht der wahre Grund, der so für Schwarz-Rot-Gold sprach; die Sucht, durch die Erweckung einer gemachten Vageiten-unglücklichen Ende über die suchbare Lage des deutschen Volkes hinwegzutäuschen, innere Unsicherheit und schwächliche Rücksichtnahme nach innen und außen, riefen den recht verdächtigen Eifer für Schwarz-Rot-Gold hervor.

Innere Unsicherheit und schwächliche Rücksichtnahme: die Kreise der Deutschen Demokratischen Partei und des demokratisch gerichteten Zentrums hatten das Gefühl, daß das, was man als die deutsche demokratische Republik konstruierte, in gefährlichem Maße weit über das in der Zeit vor dem Umsturz doch viel gemäßigtere Ziel hinausging, und das Bestreben, die Massen wenigstens zum Teil bei der Partei zu halten, durch eine Geste, die durch die Veränderung der Reichsfarben zum Ausdruck bringen sollte, daß man mit der Vergangenheit nicht aufrechnen wollte, um sich „treudigen Herzens“ dem Umsturz anzuschließen. Aus dieser Einstellung heraus sind die Farben Schwarz-Rot-Gold eingeführt worden, nicht aus innerer Ueberzeugung, sondern als Konzeption des Nachläufers der Sozialisten gegenüber, so sich ja die eigenen Parteigenossen bisher gemäß der Parteipolitik zu Schwarz-Weiß-Rot bekannt hatten. Andererseits mußte in diesem Zusammenhang ein Wechsel in den Reichsfarben eine Verbeugung vor dem feindlichen Ausland bedeuten und war weiter nichts, als das Bekenntnis, daß man nicht daran dachte, die alte „Schwundwürdige“ Tradition fortzusetzen, sondern „wahrhaft demokratisch“ im Sinne des Feindbundes geworden sei. Und schließlich: man empfand die Leere und die geistige Armut des Neugeschaffenen und spürte, daß das vaterländische Gefühl irgendeinen Mittelpunkt haben mußte; deshalb schuf